

Offener Brief

Peter Abend
Marienfelder Straße 22
15831 Mahlow

An den
Herrn Bundesfinanzminister
der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister,

Ihre im Tagesspiegel vom 26.05.2013 zitierten Äußerungen zum BER haben mich nicht nur verwundert, sondern auch empört.

Es ist sicher so, dass viele Menschen erst im Laufe der Zeit erkennen, welche Zumutungen und Gefährdungen durch ein solches Großprojekt auf sie zukommen werden. In diesem Falle sehen sich jedoch auch sehr viele Menschen seit 2010 bedroht, weil man ihnen über zehn Jahre lang die geplanten Flugrouten böswillig verheimlicht hat. Noch stimmen die planfestgestellten Schutzzonen nicht mit den beabsichtigten Flugrouten überein. Das bedeutet, dass viele Anwohner z.Zt. keinen Anspruch auf Schallschutz haben, obwohl sie im höchsten Maße vom Fluglärm betroffen sein werden.

Ihre Feststellung, dass „*der Lärmschutz während der Planungszeit und der Bauzeit ... dramatisch verschärft worden*“ ist, entbehrt jeder Grundlage und ist absolut unwahr. Im Planfestbeschluss von 13. August 2004 heißt es:

*„Für Wohnräume, Büroräume, Praxisräume und sonstige nicht nur vorübergehend betrieblich genutzte Räume in der Umgebung des Flughafens sind geeignete Schallschutzvorrichtungen vorzusehen. Die Vorrichtungen haben zu gewährleisten, dass durch die An- und Abflüge am Flughafen im Rauminnern bei geschlossenen Fenstern **keine** höheren A-bewerteten Maximalpegel als 55 dB(A) auftreten.“*

Der Schallschutz-Standard, den die Bürger erst einklagen mussten, stand also von Anfang an fest. Es ist aber inzwischen offensichtlich geworden, dass die Eigentümer des Flughafens nicht gewillt waren, den Anwohnern den entsprechenden Schallschutz zu gewähren und deshalb viel zu wenig Geld dafür eingeplant hatten. Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass bis heute keine einzige Wohnung einen adäquaten Schallschutz erhalten hat.

Wenn Sie versuchen den Betroffenen die Schuld für das Flughafendesaster zu geben, werden Sie noch mehr Menschen gegen dieses „*unmenschliche*“ Projekt mobilisieren. Sie sollten die Schuld bei Geschäftsführern und Aufsichtsräten suchen, die plötzlich merkten, dass ihr Projekt nicht in 27 Tagen zu vollenden ist, sondern noch mehrere Jahre benötigen wird.

Ich bitte Sie, sich besser über die Fakten zu diesem Thema zu informieren und bei allen Betroffenen zu entschuldigen.

Hochachtungsvoll
Peter Abend